

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

70. Jahrgang.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft Ilöha, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Hoffberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag, von E. S. Hoffberg in Frankenberg i. Sa.

Besteht an jedem Montag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1 M 50 P, monatlich 50 P. Trügerische etc. — Einzelnummern in unserer Geschäftsstelle, von 10 P. und Ausgabe-stellen, sowie von allen Postämtern Deutschlands und Österreichs ungenötigt. Nach dem Auslande Versand nachträglich unter Kreuzband.

Abendblätter sind rechtzeitig aufzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabe-tages. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden. — 51. Telegramme: Tageblatt Frankenberg-Sachsen.

Anzeigenpreis: Die 6-gerg. Zeile oder deren Raum 15 P, bei Lokal-Anzeigen 12 P; im amtlichen Teil pro Zeile 40 P; „Wingelnd“ im Reaktionsenteil 35 P. Für schwierigen und inebellischen Satz Aufschlag. Für Wiederholungsdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Radweil und Offerten-Annahme werden 25 P. Extragebühr berechnet. Inseraten-Annahme auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditoren.

Das Marokko-Abkommen in der französischen Kammer.

Paris, 14. Dezember, wird uns berichtet: Das Palais Bourbon hat heute ein außerordentlich bewegtes Bild. Viele Personen, die sich glücklich in den Besitz von Karten gesetzt hatten, fanden sich bereits mehrere Stunden vor Beginn der Sitzung in der Kammer ein, um sich ihre Plätze zu sichern. Schon lange vor Eröffnung der Sitzung waren die Tribünen für das Publikum dicht gefüllt. In der Diplomatenloge bemerkte man den deutschen, den englischen, den spanischen Botschafter usw. Der Saal füllte sich nach und nach; von den Ministern trat als erster der Minister des Auswärtigen, de Selves, ein, welchem der katholische Abgeordnete du Run freundlich die Hand drückte. Diese Begrüßung wurde in der Kammer viel bemerkt. Bald waren jedoch alle Minister zur Stelle und die Sitzung wurde pünktlich um 1/3 Uhr eröffnet. Nachdem zunächst einige kleinere Fragen erledigt worden waren, ergriff der Abgeordnete du Run das Wort, um seine Tagesordnung zu begründen, in der er die Vertagung der gegenwärtigen Verhandlungen über das deutsch-französische Abkommen bis nach dem Abschluss des französisch-spanischen Vertrages verlangt. Der Redner schlug vornehmlich patriotische Töne an und erinnerte daran, daß das Abtreten des Kongogebietes ohne den Schwertstreich für Frankreich eine schmerzliche Sache gewesen sei. Er erklärte, das marokkanische Uebereinkommen und das Protektorat über Marokko seien mit den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen in Rabat bezüglich der Abgrenzung der Einflusssphären Spaniens und Frankreichs und der Unterordnung Spaniens unter das französische Protektorat, bezw. unter die Oberherrlichkeit des Sultans, im Zusammenhang. Aus diesem Grunde verlange er, daß die Kammer sich vorläufig einer Verwertung des deutsch-französischen Abkommens, bis der französisch-spanische Vertrag abgeschlossen sei, enthalte. Der Abgeordnete du Run sprach unter lebhaftem Beifall, namentlich der Rechten, doch wurde seine Rede auch von der Linken lebhaft applaudiert.

Nach dem Abgeordneten du Run ergriff sofort der Minister des Auswärtigen, de Selves, das Wort, um die Forderung der Regierung, daß die Kammer sofort in die Diskussion über das deutsch-französische Abkommen eintrete, zu verteidigen. Er erklärte: Ich verstehe wohl die Sorge des Herrn du Run, eine Erklärung über das deutsch-französische Uebereinkommen und die Abtretung des Kongogebietes von der Regierung zu verlangen, aber ich verstehe nicht, warum er seinen Vertagungsantrag stellt. Der Minister geht dann im einzelnen auf die Phasen der Unterhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich ein und begründet in längeren Ausführungen das Verhalten der französischen Regierung. Namentlich weist er den Vorwurf zurück, warum die französische Regierung die Demonstration von Agadir nicht auch mit der Entsendung eines Schiffes nach Agadir beantwortet habe. Der Minister erklärte, die Regierung habe gewünscht, daß Deutschland keine Ausfischung von Truppen in Agadir beabsichtigte. Es sei deshalb die Entsendung eines Kriegsschiffes vorzuziehen unendlich gewesen. Der Minister beschäftigte sich des Weiteren mit der Unterstützung, welche die französische Regierung im Laufe des Sommers von der englischen Regierung erhalten hätte, und betont dabei besonders, daß diese Unterstützung absolut nicht verschärfend auf die deutsch-französischen Unterhandlungen eingewirkt hätte. England habe seine Hilfe nur für den Fall der äußersten Notwendigkeit bereitgestellt. Der Minister fuhr dann fort, daß eine andere Macht in Marokko für Frankreich eine permanente Gefahr darstelle, diese Macht sei Spanien gewesen.

Ueber die spanischen Unterhandlungen betreffs Marokko sprach sich der Minister dahin aus, daß diese Verhandlungen in freundschaftlichem Geiste geführt werden sollen. Frankreich könne von seiner Macht gegenüber einer kleineren Macht wie Spanien keinen unnützen Gebrauch machen. Als der Minister diese Worte ausgesprochen, brach ein ungeheurer Tumult unter den Sozialisten los, welche ihm zuzurufen, er könne ruhig gehen, er könne von der Tribüne herunterkommen. Ein Redner, der im Interesse Frankreichs spreche, könne solche Worte, wie sie der Minister ausgesprochen habe, nicht anwenden. Herr de Selves war während dieses Sturms sehr erdbeliebt, und es bedurfte bedingenden Hinzufügen seiner Freunde, daß er seine Rede beenden konnte. Der Minister beglückwünschte sich zum Schluß, daß er die französische auswärtige Politik von der Marokkofrage vollständig befreit habe; die französische Regierung hätte nunmehr vollständig freie Hände, und die marokkanische Frage habe aufgehört, die fortwährende Aufmerksamkeitsfrage der französischen Regierung zu sein. Der Redner empfiehlt, daß der Antrag des Abgeordneten du Run auf Vertagung der Besprechung des deutsch-französischen

Uebereinkommens bis nach den spanisch-französischen Unterhandlungen zurückgewiesen werden solle.

Nach de Selves sprechen noch Kolonialminister Lebrou und der Präsident der auswärtigen Angelegenheiten, Deschanel. Beide empfehlen die Zurückweisung des Antrages du Run. Darauf schreitet die Kammer zur Abstimmung. Mit 448 gegen 11 Stimmen wird der Antrag auf Vertagung der Debatte abgelehnt. Die Kammer vertagt sich auf morgen.

Berlin, 15. Dezember. In der deutschen Presse wird im allgemeinen weniger der Inhalt der Ausführungen der einzelnen Redner in der deutsch-französischen Marokkoverhandlung in der französischen Kammer kommentiert, als die Art ihres Auftretens. Man ist sich darüber einig, daß der Minister des Auswärtigen, de Selves, einen unglücklichen Tag hatte und es nicht verstanden hat, die Empfindlichkeit der Zuhörer zu schonen. Die Sache der Regierung sei nach der Rede des Ministers eine sehr kritische gewesen und erst durch die Rede des Kolonialministers Lebrou wieder gebessert worden. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt über den allgemeinen Eindruck der Sitzung: Eine bewegte, gefühlvolle Sitzung hat die Debatte eingeleitet. Eine Sitzung voller Gerechtigkeit, durchstoßt von Stimmen des Hohes und der Erbitterung. In gewissen Augenblicken sah es aus, als sollte schon gestern das Schicksal des Rabinets entschieden werden. Als der Minister an einer Stelle seiner Rede erklärte: Man hat gesagt, wir hätten die Schutzhoheit in Marokko errichten können, ohne uns mit Deutschland zu einigen. Das ist leichter gesagt als getan! brach ein Sturm des Unwillens aus. Es begann ein allgemeines Getöse mit den Pulsbecken und wüsten Geschrei, welches de Selves minutenlang am Weiterreden verhinderte. Diese Wirkung seiner Worte brachten den Minister zum Bewußtsein, daß er die vaterländischen Gefühle seiner Hörer nicht genügend geschont hatte. Bemerkenswert aus der Rede ist noch folgende Stelle: Herr v. Ribbentrop-Büchler erklärte Herrn Cambon gegenüber, daß Deutschland bereit sei, in einen Tausch in Togo und in Kamerun einzuwilligen, aber es fordere den Gabon und den Kongo zwischen dem Ozean und dem Sangha. Wir erklärten, daß wir die Verhandlungen auf dieser Grundlage nicht fortsetzen könnten. In diesem Augenblick kam es zu einer Spannung, deren man sich noch allgemein erinnern werde.

Paris, 15. Dezember. Die Morgenblätter kommentieren in langen Leitartikeln die gestrige Kammerrede. Im allgemeinen sind die republikanischen Blätter des Lobes voll über die Rede des Kolonialministers Lebrou, dagegen finden die Worte des Ministers des Auswärtigen weniger Begeisterung. Das Blatt „Radikal“ schreibt: Die Erklärung des Rabinetschefs zu Beginn der ersten Sitzung löste einen günstigen Verlauf der weiteren Sitzungen erwarten. Die Debatte wurde, dem großen Gegenstand entsprechend, mit Ernst und Würde geführt. Die „Humanität“ weist mit Nachdruck darauf hin, daß der Minister des Auswärtigen einem Manne gleiche, welcher, um ein Geheimnis zu bewahren, verlange, man möge es ihm nicht erst mitteilen. „Republique Française“ schreibt: Dumont kennt die Atmosphäre. Auch der Kolonialminister Lebrou kennt sie; dagegen weiß der Minister des Auswärtigen dem Hause nicht zu schmeicheln. Das ist der Grund, weshalb seine Worte weniger günstige Aufnahme gefunden haben. „Aurore“ weist auf den tiefen Eindruck der Worte des Kolonialministers hin, als er erklärte: Die Söhne der Väter, die erst Kanada und anderes preisgaben, brauchen sich nicht zu sorgen über die Aufgabe von 200 000 Quadratkilometer kongogaisches Gebiet. Die republikanische Regierung hat dies Opfer gebracht, um sich Vorteile zu sichern, die weit günstiger sind als der Verlust dieses Landstriches.

England und das Spionageurteil.

Die Verurteilung des englischen Spions Roy Schulz und seiner deutschen Helfershelfer hat in London tiefen Eindruck gemacht. Der „Standard“ widmet der Entscheidung des deutschen Reichsgerichts einen Leitartikel, der zur Abwehne nötig ist. Er ist überschrieben: „Ein Justizverbrechen“ und nimmt sich besonders des englischen Patrioten Roy Schulz, dessen deutschen Namen der englische Artikelschreiber ganz bestimmt einmal richtig aussprechen kann, aufs lebhafteste an. Die Verurteilung zu Zuchthaus, heißt es darin, sei nicht bloß die schwerste Strafe, die das deutsche Kriminalgericht kennt, sondern mit Ausnahme der Verschickung nach Sibirien die barbarischste in ganz Europa, und es sei eine Schmach, daß ein Engländer ihr ausgelegt werde. — Wieso aber wäre es für einen englischen Verbrecher schmachvoller, zu deutschen Zuchthaus verurteilt zu werden, als für einen deutschen zu englischem? Die ungläubliche und empörende Unterstellung des englischen Blattes, dem Schulz seine Selbstbegünstigungen mit unerlaubten Mitteln abgeraugen worden,

verdient umso weniger Beachtung, als der „Standard“ nicht umhin kann, den Vorsitzenden, Senatpräsidenten Weige, als „verehrungswürdig“ zu bezeichnen, ganz im Einklang mit der begeisterten Kritik, die von der gesamten englischen Presse an seiner Verhandlungsleitung im Prozeß gegen die Spione Brandon und Trench geübt wurde.

Oertliches und Sächsisches.

Frankenberg, 15. Dezember 1912.

Weihnachtsmusik.

Die Gloden vom Turm, die Kinderstimmen im Zimmer, das will eine gute Weihnachtsmusik heißen. Es kommt aber auch noch eine andere dazu, und das ist die Klingel an der Ladentür. In den großen Geschäften ist sie ja längst besterigt, gerade so wie die große Glocke auf den Bahnhöfen, da geht es ein und aus, und ein Zeichen ist nicht weiter erforderlich. Aber in den kleineren Verkaufsstätten, wo nicht immer jemand hinter dem Ladentisch zu stehen braucht, oder wo in einem Seitenraum gearbeitet wird, da ist die Klingel noch ein nütziges Instrument. Und wir wollen wünschen, daß sich diese Musik recht bemerkbar macht, daß nicht allein die blinde Besichtigung der Käufer anzusehen möge, sondern auch die beschwerdere Beleuchtung, die auf die Arbeit fleißiger Hände des Handwerksbetriebes herabstimmert.

Frankenberg als Garnison. Wieder einmal taucht ein Gerücht auf, wonach unsere Stadt als Garnisonort auszuweisen sein soll. Diesmal heißt es, das Kronprinz-Regiment — die 104er — in Chemnitz soll zum Teil nach Frankenberg verlegt werden. An zuständigem Stelle wird jedoch mitgeteilt, daß das Gerücht auf vagen Vermutungen beruhe. Die Gerüchte finden jedesmal schnell gläubige Ohren, da Frankenberg infolge seiner günstigen Lage, seiner ausreichenden Wasser- und Wasserversorgung und der Nähe des neuen Exerzierplatzes in Ebersdorf sich hervorragend als Garnison eignen würde. Hoffentlich erfüllt sich in absehbarer Zeit der Wunsch der Bevölkerung, daß Frankenberg dauernd mit einem Truppenteil belegt werden möchte!

Von der Maul- und Klauenseuche. In vielen sächsischen Bezirken ist die Maul- und Klauenseuche gegenwärtig im Abnehmen begriffen. In landwirtschaftlichen Kreisen erklärt man sich das Zurückgehen vielfach damit, daß der Viehbestand der Ställe in der Wehrzahl „durchgeputzt“ ist. Die sächsischen Tierärzte sind gegen die bisherige Form der Bekämpfung der Seuche vorstellig geworden und belagern sich besonders über Zurechtweisung gegenüber den bezirksärztlichen Assistenten.

Die Chemnitzer Polizeiuniformierung für die gesamte sächsische Polizei? Der Vorstand der Vereinigung sächsischer Polizeibeamten hatte sich mit einer Eingabe wegen Einführung einer einheitlichen Uniform für die kommunal-Polizeibeamten Sachsen an das Ministerium gewandt. Darauf ist dem Vorstand ein Schreiben des Ministeriums zugegangen, dem zu entnehmen ist, daß die gegen die Einführung der Uniform erhobenen Bedenken nicht von der Hand zu weisen seien. Das Ministerium behalte sich die Entscheidung noch vor, ob sich die Einführung eines Interimsmockes nach Weiziger Muster oder des Waffenrockes nach Chemnitzer Muster empfehle.

Die Weihnachtsferien beginnen am 23. Dezember. Was den Wiederbeginn des Unterrichts anlangt, so tritt, da im kommenden Jahr der 6. Januar ein Sonnabend ist, den Ferien noch der 7. Januar hinzu, so daß am 8. Januar 1912 die Schularbeit wieder aufgenommen wird.

Eine Bitte. Die Kriegervereine haben die Arbeitgeberverbände gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß alle Mannschaften des Beurlobtenstandes, die die vorgeführten militärischen Übungen abzuleisten haben, nachher wieder in ihre früheren oder in entsprechende Arbeitsstellen zurückkehren können. Ebenso wird gebeten, auch auf diejenigen Arbeiter Rücksicht zu nehmen, die nach Ableistung ihrer militärischen Dienstpflicht in das bürgerliche Leben zurückkehren. — Eine solche Bitte sollte eigentlich überflüssig sein, doch militärisches Interesse sollte in jedem Fall sein, daß man dem gewesenen Soldat mit besonderer Bereitwilligkeit die Wege im bürgerlichen Leben ebnet. Aber leider ist oft nicht an dem. Besteht man nicht oft genug in Inseraten bei Stellenangeboten: „Militärfreie Bewerber erhalten den Vorzug!“ Das darf nicht eintreten, daß der Exerzierdienst als eine Belastung des bürgerlichen Erwerbslebens dargestellt wird.

Grüne Weihnachten? Ein neuer Wetterumschlag hat die Temperatur in diesen Tagen wieder in die Höhe getrieben, und die Hoffnungen auf die so gern gesehene „Weißen Weihnachtstage“ scheinen zu Wasser zu werden. Der „Deutscher Korrespondenz“ wird von meteorologischer Seite zur allgemeinen Mitteilung geschrieben: Man kann die beruhigende Versicherung geben,